

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,86 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Sitz-Standort)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 42.

Berlin, Mittwoch, 26. Mai 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Vom Krankenkassenkongreß. — Zur Reichsversicherungsordnung. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

□ Vom Krankenkassenkongreß.

Es ist eine Tatsache, die immer deutlicher hervortritt, daß die Sozialdemokratie es frühzeitig verstanden hat, größere Teile der Zwangs-Krankenkassen, insbesondere der Ortskrankenkassen, unter ihre Verwaltung zu bringen. Sie hat sich keinen Augenblick um das Prinzip der freien Hilfskassen oder der Zwangs-Kassen gekümmert; sie hat nie etwas Besonderes unternommen, um auf dem Wege der Hilfskassen Macht zu erlangen. Aber von dem Augenblicke ab, wo es Zwangs-Krankenkassen gab, in denen die Arbeiter zwei Drittel der Vorstandsstellen besetzten, haben die „Genossen“ es verstanden, allmählich in diese Kassen hineinzukommen, und zwar so, daß heute mindestens alle größeren Ortskrankenkassen in sozialdemokratischer Verwaltung sind. Es ist allerdings ein Irrtum, wenn man glaubt, alle Ortskrankenkassen befänden sich in ihren Händen. Von den mehr als 8000 Ortskrankenkassen dürften fast 2000 in sozialdemokratischer Verwaltung sein. Was der Sozialdemokratie das Übergewicht besonders in den Ortskrankenkassen gibt, ist deshalb nicht die Verwaltung der Mehrzahl der Kassen, sondern etwas ganz anderes. Da die unter nichtsozialdemokratischer Verwaltung stehenden Ortskrankenkassen einzeln für sich allein arbeiten und keinerlei Fühlung untereinander haben, auch nicht untereinander organisiert sind, haben sie keinen nennenswerten Einfluß auf die öffentliche Meinung. Die sozialdemokratischen Kassen dagegen, obgleich sie an sich eine Minderheit darstellen, beherrschen durch ihr geschlossenes Auftreten das Krankenkassenwesen und damit auch den größeren Teil der Arbeiterversicherung überhaupt. Die mangelnde Organisation ihrer Gegner ist die Stärke der sozialdemokratischen Kassenorganisation.

Tiefe Erörterungen muß man anstellen, wenn man den Krankenkassenkongreß, der vom 17. bis 19. Mai in Berlin stattfand, betrachten will. Wir sind mit gemischten Gefühlen zu diesem Kongreß gegangen. Der neue Entwurf zur Reichsversicherungsordnung will den Arbeitern ein Stück ihrer Rechte in den Krankenkassen nehmen. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Arbeiter aller Richtungen gegen diesen Entschlußversuch protestieren müssen. Denn in dem Augenblick, wo es sich um den Schutz der Arbeiterrechte handelt, muß der Streit der Richtungen untereinander sich weichen. Das schließt dann nicht aus, daß man ohne besondere Begeisterung an solchen gemeinsamen Kongressen sich beteiligen kann. Denn so wie die Dinge heute liegen, besorgt man auf solchen Kongressen die Geschäfte der Sozialdemokratie. Es ist unstrittig ein Mangel, der sowohl bei uns als bei den christlichen Gewerkschaften hervortritt, daß die nichtsozialdemokratischen Arbeiter sich viel zu wenig um das Krankenkassenwesen bisher gekümmert haben. Es gibt Gründe genug, um diese Zurückhaltung zu erklären, aber keine, um sie zu billigen. Die Sozialdemokraten wissen nun ganz genau, daß bei den heutigen Strömungen bei der Regierung und im Parlament ein

Kongreß, der nur von sozialdemokratischen Kassenvertretern besetzt ist, auf die Entschlüsse der Regierungen und des Reichstages keinen oder nur wenig Einfluß ausüben wird. Anders wird die Sache, wenn auf einem solchen Kongreß alle Richtungen der Arbeiterbewegung vertreten sind. Ein solcher Kongreß hat zweifellos großen Einfluß auf die öffentliche Meinung, auf die Regierung und die Parlamente. Wenn Lohnbewegungen stattfinden, dann weisen die sozialdemokratischen Verbände in der Regel die Mitwirkung der Gewerksvereine und der anderen nationalen Arbeiter zurück; sie wollen uns nicht, oder glauben uns wenigstens nicht zu gebrauchen, und deshalb wollen sie unsere Gleichberechtigung nicht anerkennen. In einem Falle aber, wo sie uns brauchen, d. h., wo der Erfolg ihrer Arbeit von der Heranziehung der nationalen Arbeiterorganisationen abhängt, verstehen sie es plötzlich, sehr tolerant zu sein, und wissen auch die nationalen Arbeiter zu finden.

Dies war für uns der Grund, warum wir mit einigen Bedenken zum Krankenkassenkongreß gegangen sind. Da auch eine große Reihe von Arbeitgeberern als Kassenvertreter an dem Kongreß teilnahm, muß man zugeben, daß die Sozialdemokraten ihren Kongreß nicht ungeschickt gemacht hatten. Der Vorsitzende unseres Zentralrats, Kollege Hartmann, war als Referent herangezogen, Herr Giesberts, der Führer der christlichen Gewerkschaften, war mit einem Referat betraut, und auch zwei bürgerliche Sozialpolitiker hatte man mit einer Rede beauftragt. Der Saal, in dem der Kongreß tagte, bot ein Bild nüchternen Alltagslebens. Keinerlei rote Fahnen oder sonstige parteipolitische Dekoration war zu finden. Herr Frähdorf, der Führer des sozialdemokratischen Ortskrankenkassenverbandes, war diplomatisch genug, den Radikalismus aus diesen Kreisen zu empfehlen, man möge sich doch mit weitergehenden Forderungen Beschränkungen auferlegen, um den Kongreß nicht zu stören. Später, auf der Tagung der Ortskrankenkassen im August könne man ja sein Herz völlig ausschütten. Sogar der „Vorwärts“ beobachtete dem Kongreß gegenüber eine auffällige Zurückhaltung, hinter der man die bestellte Arbeit, die klug berechnete Taktik wohl erkennen konnte. Es sollte eben diesem Kongreß nicht der Stempel einer sozialdemokratischen Veranstaltung aufgedrückt werden. Nur dann konnte man von ihm Erfolg erwarten, und dieser Erfolg würde der Partei vollauf zugute kommen.

Ueber diese ganze Frage wird später noch eingehender zu reden sein, und man wird sich dann darüber klar werden können, wie man auf Grund der diesmaligen Erfahrungen sich zu späteren ähnlichen Veranstaltungen zu verhalten hat.

Zahlenmäßig betrachtet machte der Kongreß einen imponierenden Eindruck. Es war vielleicht der stärkste besuchte Kongreß, der jemals in Deutschland getagt hat. Rund 2200 Delegierte waren anwesend, eine sehr respektable Zahl, und es soll mehr als die Hälfte der frankenversicherlichen Arbeiter dort vertreten gewesen sein.

Was in den Referaten gesagt wurde, kann man mit einer Ausnahme durchgängig unterschreiben. Die meisten Redner, auch die von sozialdemokratischer Seite, machten ihre Ausführungen und stellten ihre Forderungen rein sachlich, gingen auch über das nicht hinaus, was bei einigermaßen

gutem Willen bei der jetzigen Reform der Arbeiterversicherung durchführbar ist. Genug, es lag etwas Staatsmännisches in dem ganzen Kongreß. Ueber die Beschlüsse wollen wir hier nicht eingehender berichten. In der nächsten Nummer werden wir sie in einem besonderen Aufsatz wiedergeben, damit unsere Freunde im Lande die Kongreßarbeit als Material benutzen können. Von unserer Seite sprach, wie gesagt, Kollege Hartmann zu dem Thema: „Landwirtschaftliche Unfallversicherung und die Unfallverhütungsmaßnahmen in den Berufsvereinigungen“. Er hatte den spröden Stoff recht wirkungsvoll und gut verarbeitet und fand mit seinen Ausführungen auch allgemeine Zustimmung. Zustimmung fand auch in der Diskussion unser Kollege Gieslitz-Duisburg, der als Vertreter der Ruhrorter Ortskrankenkasse anwesend war, und zu dem Thema: „Invalidenversicherung“ sprach in einer hervorragend wirksamen Rede auch der Kollege Krüger vom Gewerksverein der Schneider, der die Hilfskasse der Schneider vertrat. Auch sonst waren noch aus einigen Landesteilen Gewerksvereinskollegen als Delegierte zugegen, und man darf sagen, daß soweit unsere Kollegen in die Debatte eingegriffen haben, es stets für uns ein guter Treffer war.

Bedenken konnte man nur gegenüber dem Referat des Frankfurter sozialdemokratischen Arbeiterssekretärs Herrn Graf haben. Er redete über die Hinterbliebenenversicherung, aber er trug den Ton der Volksversammlung in den Kongreß hinein. Eine Reihe agitatorischer Witze fand viel Beifall, war unseres Erachtens aber an dieser Stelle doch nicht angebracht. Was er über Prämienverfahren und Kapitaldeckungsverfahren in der Invalidenversicherung sagte, zeugte von einer wahrhaft kindlichen Naivität. Wir können unmöglich glauben, daß Graf selbst in seinem Innern für richtig hält, was er dort verkündet hat. Er will in der Invalidenversicherung stets so hohe Renten zahlen, wie jährlich an Beiträgen einfließt, und hält es für überflüssig, daß Reservefonds aufgeschichtet werden. Er forderte auch eine starke Erhöhung der Hinterbliebenenrenten. Jede erwerbsfähige Witwe soll jährlich mindestens 180 Mk., jede erwerbsunfähige Witwe jährlich mindestens 360 Mk. und jede Witwe auch jährlich mindestens 180 Mk. Rente erhalten. Wenn diese Forderungen Gesetz würden, dann kostete die Hinterbliebenenversicherung jährlich 800 Millionen Mk., also noch 200 Millionen Mk. mehr pro Jahr als heute die ganze Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung zusammen, und um die dazu nötigen Gelder aufzubringen, müßten die Beiträge zur Invalidenversicherung erhöht werden, d. h. ein Arbeiter, der in Lohnklasse V Beiträge zahlt, müßte wöchentlich rund 2,90 Mk., aus seiner eigenen Tasche also 1,45 Mk. Beiträge zahlen. Öffentlich kommt eine Zeit, wo wir eine solche Höhe der Hinterbliebenenrenten erreichen. Für jetzt ist das aber unmöglich. Das diesbezügliche Programm des Herrn Graf ist ein Zukunftsprogramm, aber für eine noch sehr weitliegende Zukunft. Heute ist daran nicht zu denken. Daß diese Bedenken, die von Herrn Giesberts und vom Schreiber dieses in der Aussprache geltend gemacht wurden, auf den Kongreß keinen Eindruck ausüben würden, war vorauszuweisen. Denn bei der dort üblichen öffentlichen Abstimmung getraute sich natürlich keiner der Delegierten wider den Stachel zu lösen. An die Durch-

führung dieses Programms wird aber Herr Gräfler nicht glauben.

Etwas Neues brachte der Kongress: Es waren Regierungsvertreter anwesend, und zwar der Herr Ministerialdirektor Caspar und der Vortragende Rat Herr Dr. Wiedfeldt. Die Regierungsvertreter beschränkten sich nicht bloß darauf zuzuhören, sondern Herr Caspar griff auch in die Debatte ein. Er suchte die Regierung gegen den Vorwurf zu verteidigen, als wolle sie die Selbstverwaltung der Krankenkassen vernichten. Nach seiner Ansicht ist es nur billig und recht, wenn in diesen Krankenkassen die Unternehmer und Arbeiter je die Hälfte der Stimmen haben. Ueberzeugt hat er mit seiner Rede aber wohl nur wenige der anwesenden Delegierten, vielleicht gar keinen. Aber immerhin ist es erfreulich, daß der Regierungsvertreter sich an der Aussprache beteiligte, und es kann nur zur Klärung der Sachlage beitragen, wenn diese Tatkraft auch in Zukunft seitens der Regierung verfolgt wird. Im übrigen muß man abwarten, inwieweit der Kongress einen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge ausübt. Der Verband der Deutschen Gewerksvereine wird binnen kurzem durch den Zentralrat ebenfalls Stellung zur Reichsversicherungsordnung nehmen und danach empfehlen es sich, daß in allen Landesstellen die Angelegenheit in Mitglieder- und in öffentlichen Versammlungen eingehend auch von uns besprochen wird.

Zur Reichsversicherungsordnung.

In unserer Nr. 40 haben wir ein Referat des Kollegen Borchardt über das Arbeitskammergesetz wieder, das auf dem Vereinstage des Vereins der Deutschen Kaufleute gehalten wurde. In folgendem wollen wir, wenn auch nur ganz kurz, den Vortrag des Kollegen Gennig über die Reichsversicherungsordnung skizzieren. Mit Rücksicht auf den Raum aber müssen wir uns im wesentlichen auf die Reform der Krankenversicherung beschränken. Die zu den übrigen Teilen der Reichsversicherungsordnung gestellten Forderungen sind in der am Schluß nachfolgenden Resolution zusammengefaßt.

Das Krankenversicherungsgesetz ist zweifellos der vollständigste Zweig der Arbeiterversicherung, weil Krankheitsfälle häufiger eintreten als Unfall und Invalidität, weil ferner die Verwaltung der Krankenkassen durch die Versicherten selbst geschieht und dadurch bei einer ziemlichen Anzahl von Klassen erhöhte Leistungen geschaffen worden sind. Umso mehr verlangt die Neuregelung der Krankenversicherung unsere volle Aufmerksamkeit, damit uns nicht Rechte, die wir bisher besitzen und auf die wir stolz sein müssen, entzogen werden.

Ein Vorteil des vorliegenden Gegentwurfes besteht darin, daß der Preis der Versicherung im wesentlichen ausgedehnt ist. Bedauerlich dabei bleibt nur, daß für bestimmte Versicherte eine Verdienstgrenze von 2000 Mk. angenommen wird. Diese Grenze ist nicht mehr zeitgemäß und muß entschieden beseitigt werden. Das liegt trotz gegenteiliger Behauptungen auch im Interesse der Ärzte, deren Arbeitsgebiet dadurch nur ausgedehnt wird. Aber auch vom Standpunkt der Versicherten muß eine höhere Verdienstgrenze angenommen werden, da die Existenzbedingungen sich wesentlich geändert haben, die Lebensmittelpreise, die Preise der Wohnungen, die Bekleidungskosten ständig gewachsen sind und dazu neue Steuern unsere Einnahmen zu schmälern drohen. Die Forderung auf Verschiebung der Grenzlinie bis zu 5000 Mk. Jahresverdienst muß unbedingt erhoben werden, schon, weil auch die Leistungen des Invalidenversicherungsgesetzes bis zu einem solchen Einkommen ausgedehnt werden müssen. Was die Leistungen anbetrifft, so verlangen wir, daß die Krankenhausbehandlung nicht gewährt werden kann, sondern gewährt werden muß, wenn der Arzt es für notwendig erachtet, wenn die Krankheit ansteckend ist, oder wenn die Art der Krankheit Anforderungen an die Behandlung stellt, denen in der Familie des Erkrankten nicht genügt werden kann. Auch die Familienversicherung soll nicht in das Belieben der Klassenvertreter gelegt sein; hier ist die Mithörigkeit anzuwenden. Unter allen Umständen aber muß verlangt werden, daß die Leistungen aller Krankenkassen gleichartig sind. Bezüglich der Organisation der Krankenversicherung ist die erhoffte Vereinheitlichung nicht eingetreten. Wir beziehen uns dabei auf die in Nr. 31 des „Gewerksverein“ gemachten Ausführungen. Besondere Verurteilung verdient die Einrichtung der Landkrankenkassen, bei denen die Hausgenosserbetreibenden versichert werden sollen und die namentlich durch ihre Organisation den schärfsten Widerspruch hervorrufen.

Ueberhaupt fordert gerade die Organisation der Klassen zu scharfer Kritik heraus. Die Behauptung zur Einführung eines anderen Wahlrechts als die Verhältniswahl, muß entschieden beseitigt werden, und auch auf die Halbierung des Stimmrechts in den Organen der Krankenkassen dürfen wir uns nicht einlassen. Sonst besteht die Gefahr, daß alle Verbesserungen, die von den Arbeitnehmern gewünscht werden, von den Arbeitgebern abgelehnt werden. Will der Arbeitnehmer für Mehrleistungen höhere Beiträge bezahlen, so wird sich der Arbeitgeber mit Rücksicht auf den durch die Halbierung höher gewordenen Beitragsanteil dagegen sträuben. Die Vorherrschhaft in der Selbstverwaltung auf diesem Gebiete dürfen wir uns auf keinen Fall nehmen lassen. Die Drohung der Reduktion, daß die Halbierung der Beiträge die notwendige Vorbedingung nicht nur für die Zentralisation, sondern auch für das Zustandekommen des ganzen Reformwerkes überhaupt sei, darf uns dabei nicht beeinflussen.

Besondere Beachtung beanspruchen die Bestimmungen, die der Entwurf für die freien Hilfskassen festgelegt hat. Unsere Stellung zu den freien Hilfskassen ist bekannt. Waren es doch die Deutschen Gewerksvereine und deren Anwalt, Dr. Max Sirich, denen die gesetzliche Regelung des Hilfskassenwesens zu danken ist. Die mangelnde Anerkennung, die das Hilfskassenwesen behauerlicherweise gefunden hat, hat der Zwangsversicherung die Wege gebahnt, mit der wir uns jetzt abzufinden haben. Wenn dieses System nur durchgeführt werden könnte, indem man die freien Hilfskassen, soweit sie als Erlös für den Zwang in Frage kommen, als Opfer fordert, so müßte dieses Opfer unter den gegenwärtigen Umständen eben gebracht werden. Wenn es gilt, im Interesse der Volkswohlfahrt eine Zusammenfassung aller Kräfte, aller Klassen vorzunehmen, dann kann man vor den Hilfskassen nicht Halt machen, sondern wird sie als Erlös der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung preisgeben und sie auf die Funktion als Zuschußkassen verweisen müssen. Da nun aber der Entwurf zur Reichsversicherungsordnung den großen Schritt zur Vereinheitlichung der Krankenversicherung nicht macht, so darf auch den freien Hilfskassen von ihren bisherigen Rechten nichts genommen werden. Der Entwurf macht das Weiterbestehen der Hilfskassen, soweit sie als Erlösstellen gelten, also dem bisherigen § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechen, von der Mitgliederzahl 1000 abhängig. Durch eine derartige Maßnahme würde erreicht werden, daß nur noch 127 Hilfskassen auftritt über 1600 als Erlösstellen gelten können. Neue Privilegien werden nicht erteilt, und so wird man, wenn der Entwurf, so wie er vorliegt, ist, Geizig ist, nach und nach die freien Hilfskassen aussterben lassen. Das muß unweigerlich verbunden werden. Wenn der Entwurf für die Betriebskrankenkassen die Zahl 250 und für die Anningungskrankenkassen überhaupt keine Mindest-Mitgliederzahl vorschreibt, so bedeutet die Zahl 1000 für die Hilfskassen ein Ausnahme-gesetz. Was für andere Klassenarten recht ist, das muß den Hilfskassen ebenfalls gewährt werden, und so fordern wir denn die Streichung der Zahl 1000.

Mit diesem Entschlüssenverbot der Hilfskassen hat der Entwurf aber noch nicht genug. Vor früher der Arbeitgeber von der Anmeldung versicherungspflichtiger, einer Hilfskasse angehöriger Personen zur Zwangskasse befreit, so soll das für die Folge nicht mehr gelten. Jeder versicherungspflichtige Arbeiter muß bei der Zwangskasse angemeldet werden. Für die einer Hilfskasse angehörenden Personen ruhen die Mitgliederrechte und -pflichten bei der Zwangskasse. Der Arbeitgeber hat aber auch für die Hilfskassenmitglieder den gleichen Anteil als Beitrag an die Zwangskasse, wohlgerneht nicht etwa an die Hilfskasse, zu zahlen. Eine Bestimmung, die wohl niemandem einleuchten wird und die nur aus dem Gedanken heraus geboren sein kann, die Arbeitgeber zur Boykottierung der Hilfskassen zu veranlassen. Eine derartige Ungerechtigkeit darf unter keinen Umständen Gesetz werden.

Sodann bestimmt noch der Entwurf, daß der Beitritt weder vom Lebensalter oder vom Geschlecht, noch vom Gesundheitszustand abhängig gemacht werden darf. Dieser Bestimmung kann man ebenfalls nicht beifügen. Wenn eine derartige Regelung zustande käme, dann wären die Hilfskassen ein Eldorado für Klassenmarder. Alle diejenigen, die sich krank fühlen, und die von der Kontrolle durch die Zwangskasse befreit sein wollen, werden sich auf die Hilfskassen stützen. Ist doch den Hilfskassen heute schon eine Kontrolle erkrankter Mitglieder, die an kleinen Plätzen wohnen, unmöglich.

Alles in allem muß man also die neue Reichsversicherungsordnung als Ausnahme-gesetz gegen die freien Hilfskassen ansehen, und es wird die volle Aufmerksamkeit und Tatkraft des Verbandes erforderlich sein, wenn der drohende Schlag, der zur Vernichtung der freien Hilfskassen führt, abgewendet werden soll. Zeigen wir, daß die Tatkraft eines Dr. Max Sirich noch lebendig ist bei den Deutschen Gewerksvereinen, wenn es gilt, ein Lebenswerk aufrecht zu erhalten, das den Namen Dr. Max Sirich und den Namen der Gewerksvereine für alle Zukunft gelehrt hat!

Alle diese Forderungen wurden zusammengefaßt in folgender einstimmig angenommenen Resolution:

Der am 16. Mai 1900 in Berlin stattfindende Vereinstag des Vereins der Deutschen Kaufleute (unabhängige Organisation für Handlungsgehilfen und -Geheulenen) sieht in dem vom Reichsamt des Innern vorgelegten Entwurf einer Reichsversicherungsordnung das Betreiben der Regierung, eine brauchbare Grundlage zur Vereinigung der staatlichen Versicherung zu finden.

Der Vereinstag fordert, daß sämtliche Zweige der staatlichen Versicherungs-gesetzgebung auf alle Handlungsgehilfen und Lehrlinge mit weniger als 5000 Mk. Jahres-einkommen ausgedehnt werden. Für die aus dem Versicherungs-zwang ausschließenden Personen ist die freiwillige Weiterversicherung zuzulassen.

Für die Krankenversicherung fordert der Vereinstag eine wesentliche Erhöhung der Mindestleistungen, die Erhaltung des bisherigen Selbstverwaltungsrechts und die Wahl des Vorstehenden in Betriebskrankenkassen nach dem System der einfachen Mehrheit. Die Mäßigkeit, die vom Entwurf vorgesehene Verhältniswahl durch statutarische Bestimmung auszuschalten, soll wegfallen.

Die Zulassung der freien Hilfskassen (Erlösstellen) soll nicht von der Mitgliederzahl abhängig gemacht werden. Ueber eine Weiterzulassung der bestehenden freien Hilfskassen als Erlösstellen soll das Reichsversicherungsamt entscheiden.

Der Vereinstag erklärt die im Entwurf der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Vorschläge über die Unfallversicherung der kaufmännischen Angestellten als unzureichend, weil dadurch nur ein Teil der Handlungsgehilfen von der Versicherung erfasst wird. Die Unfallversicherung soll auf alle kaufmännischen Unternehmungen (Versicherungsgesellschaften, Konsumvereine, Genossenschaften usw.) ausgedehnt werden und die kaufmännischen Angestellten aller Betriebe umfassen. Bei der erstmaligen Rentenfestsetzung muß den Versicherten ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

Aus den im Entwurf gemachten Vorschlägen über eine Reform der Invalidenversicherung entnimmt der Vereinstag mit Bedauern, daß die als notwendig erachtete Rentenversicherung der Privatbeamten unberücksichtigt bleibt. Demgegenüber hält der Verein der Deutschen Kaufleute an seinen Forderungen für die Durchführung der Privatbeamtenversicherung fest und fordert den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes durch Anfügung neuer Lohnklassen, Herabsetzung der Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr, Einführung einer ausreichenden Witwen- und Waisen-zuzugabe und Gewährung eines größeren Einflusses an der Verwaltung und Rechtsprechung.

Die in 1., 5. und 6. Buche der Reichsversicherungsordnung vorgezeichneten Bestimmungen können als Grundlage für die gesetzliche Festlegung dienen, wenn nachfolgende Änderungen berücksichtigt werden:

1. Die Versicherungsvertreter im Versicherungsamt sind durch allgemeine Listen aller Versicherten zu wählen. Alle weiteren Wahlen werden dann direkt von diesen Vertretern vorgenommen.
2. Im § 65 u. a. ist die unbeschränkte Wählbarkeit der versicherten Frauen, auch zur Rechtsprechung in den Versicherungsämtern usw. anzuerkennen.
3. Allgemeine Einführung der Verhältniswahl bei sämtlichen Wahlen zu den Organen der Verwaltung und Rechtsprechung.
4. Die Landesversicherungsämter sind im Interesse der Einheitlichkeit der Rechtsprechung und Verwaltung zu beseitigen.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 25. Mai 1900.

Die Fortsetzung des Berichts über die Reise nach England mußte wegen starken Stoffandranges bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Englischer Gegenbesuch. Am Sonnabend, den 5. Juni, kommen 21 Mitglieder des englischen Parlaments nach Berlin, und an demselben Abend, pünktlich um 9 Uhr beginnend, findet im großen Saale unseres Verbandshauses eine große Kundgebung für den Frieden zwischen England und Deutschland statt. Sämtliche 21 Mitglieder sind als Arbeiter in das englische Parlament gewählt worden und gehören zu einem Teil der englischen Arbeiterpartei, zum anderen der liberalen Partei an. Die Gesellschaft reist bereits am 28. Mai von London ab, besucht dann der Reihe nach Duisburg, Düsseldorf, Köln, Mainz und Frankfurt a. M. und kommt dann am 5. Juni, abends gegen 7 Uhr, in Berlin an.

Es hat sich hier zum Empfange der englischen Arbeiter-Parlamentarier, die mit ihren Familien die Reise unternommen, ein Komitee gebildet, an dessen Spitze Staatsminister Dr. Freiherr v. Berlepsch steht. Es gehören u. a. noch dem Komitee an: Geheimrer Regierungsrat Dr. Flügge, Professor Franke, unser Vorsitzender Karl Goldschmidt, Wirtl, Geheimer Rat Dr. v. Solleben, Dr. Kessler, Oberbürgermeister Kirchner und Bürgermeister Dr. Heide, der Stadtverordnetenvorsteher Michalet, Stadtverordneter Dr. Nathan, Reichstagsabgeordneter Karl Schrader, Geh. Regierungsrat W. v. Siemens, James Simon, Verlagsbuchhändler Süßrott, Reichstagsabgeordneter Stadtrat Dr. Wiemer, Privatdozent Dr. Zimmermann. In das Komitee werden noch eintreten der Leiter der Versicherungsanstalt Berlin Dr. Richard Freund, Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Eichhoff und andere.

Wir bitten unsere Verbandskollegen und Kollegen aus Berlin und seinen Vororten, zu dieser Kundgebung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Zutritt haben alle Arbeiter und alle Freunde des Friedens ohne Unterschied der politischen und religiösen Richtung. Unsere Gewerksvereiner aber müssen es als ihre Ehrenpflicht ansehen, pünktlich zur Stelle zu sein.

Einen beachtenswerten Erlaß hat der bayerische Ministerpräsident, dem auch Handel und Gewerbe unterstellt sind, an die Gewerbeaufsichtsbeamten gerichtet. Ein Teil nimmt Bezug auf die Frauenarbeit. Darin heißt es:

„Eine sehr bemerkenswerte Zunahme — und zwar eine verhältnismäßig und sogar absolut größere als die Zahl der männlichen Arbeiter — zeigt im Berichtsjahr die der weiblichen Arbeiter. Die wachsende Verwendung weiblicher Arbeitskräfte in der gewerblichen Gütererzeugung erhöht die Gefahr, daß Frauen mit Arbeiten beschäftigt werden, die für den weiblichen Organismus nicht geeignet sind. Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben hierauf ihr besonderes Augenmerk zu richten und durch geeignete Schritte dieser Gefahr entgegenzuwirken. Im Zusammenhang mit der Zunahme der Frauenarbeit steht das bedauerliche Answellen der Zahl der Betriebe, in denen Zuwiderrhandlungen gegen die Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen ermittelt wurden. Diese Zahl ist von 1013 im Jahre 1906 auf 1497 im Jahre 1908 gestiegen; die Zahl der wegen Zuwiderhandlungen bestraften Personen zeigt dagegen in den fraglichen Jahren eine Abnahme von 165 auf 129, eine Statistik, die wohl auf milde Beurteilung schließen läßt.“

Gerade die oft unverständliche Milde bei Verstößen gegen die Schutzgesetze sind die Schuld für die zahlreichen Vergehen. Deshalb ist dieser Hinweis mit Freuden zu begrüßen. Hoffentlich nützt er etwas.

Weiter beschäftigt sich der erwähnte Ministerialerlaß mit der Tätigkeit des Gewerbearztes, den Bayern als erster Bundesstaat im Hauptamt angestellt hat. Es wird darüber gesagt:

„Die ernieste Aufmerksamkeit erfordern die Berufskrankheiten der Arbeiter. Seitens der Polizeibehörden und der Gewerbeaufsichtsbeamten ist mit Nachdruck auf den gewissenhaften Vollzug der für eine Reihe gesundheitsgefährdender Gewerbezweige erlassenen Bundesratsvorschriften hinzuwirken. Der Bekämpfung der Berufskrankheiten dient auch die Anstellung des königlichen Landgewerbearztes in München; die ausgebildete Inanspruchnahme dieses seit Beginn des Jahres bestellten Beamten ist durch seine Zuziehung zur Revision gesundheitsgefährdender Betriebe veranlaßt. Der Landgewerbearzt wird nur dann seiner Aufgabe gerecht werden können, wenn ihm von allen Beteiligten, insbesondere von Seiten der Ärzte, der Arbeiter und der Arbeitgeber, sachdienliche Mitteilungen über Erkrankungen von Arbeitern zugehen, die im Zusammenhang mit der Berufsarbeit stehen; die beteiligten Kreise sind hierüber aufzuklären.“

Wir sind fest überzeugt, daß die bayerische Regierung mit ihrem Gewerbearzt die besten Erfahrungen machen wird. Sie hätte nur nicht so zaghaft sein und gleich eine größere Zahl solcher Beamten anstellen lassen. Dann werden hoffentlich auch die anderen Bundesstaaten nachfolgen und damit eine Förderung der Arbeiter erfüllen, die von den deutschen Gewerksvereinen von jeher mit Entschiedenheit vertreten worden ist.

Arbeiterbewegung. In Nürnberg befinden sich seit einiger Zeit die Tischler und Maschinenarbeiter im Streik. Um den Unternehmern zu helfen, wollen die Meister in Nürnberg ebenfalls eine Ausperrung der Holzarbeiter vornehmen. Andererseits verlassen die Lediger zur Unterstützung der Streikenden Nürnberg. — Auch in Würzburg befinden sich die Holzarbeiter im Kampfe. Wegen

Lohnforderungen wollen die Unternehmer die Tischler ausperrern. Die bisherigen Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt. — Wegen eines Streiks bei der Firma Pör & Sohn in Würzburg droht die Vereinigung der Baumeister alle Maurer, Bauhilfsarbeiter und Erdarbeiter ausperrern. — Wegen Nichtbewilligung des Jehnfundentages sind in Derröslau im Fichtelgebirge die Maurer und Bauhilfsarbeiter in den Streik getreten. — In der chemischen Fabrik „Union“ zu Stettin haben wegen Maßregelungen die Arbeiter die Beschäftigung eingestellt. — Bei der Firma Gärtner & Co. in Berlin sind die Mühenmacher und Maschinenreiner ausgesperrt worden. — Wegen Ablehnung jeder Lohnforderung haben in Bauen die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter die Arbeit niedergelegt. — In Düsseldorf haben die Schuhmachergesellen gestreikt. Die Bewegung endigte mit dem Abschluß eines Tarifvertrages, der aber den Arbeitern keine wesentlichen Vorteile bringt. — Der Kampf der Metallarbeiter im Industriefreize Hagen-Schwelm ist durch beiderseitiges Entgegenkommen beendet.

Auf den Gruben des westböhmisches Bergbauaktienvereins im Bezirk Wien ist die gesamte Belegschaft, über 11000 Mann, in den Ausstand getreten. — Nicht nur der Ausstand der Postbeamten in Frankreich, sondern auch der in Szene gesetzte Generalkstreik der Arbeiter, soweit von einem solchen überhaupt gesprochen werden kann, sind gescheitert. Wenn noch von Versammlungen streikender Postbeamten in der Presse hier und da die Rede ist, so handelt es sich dabei um entlassene Beamte. — Im Betriebe der Georgia Railroad haben die weißen Lokomotivführer ihre Tätigkeit eingestellt, weil sie sich gegen die Anstellung von Negern als Heizer sträubten. Der Verkehr ruht dadurch auf weite Strecken hin.

Die Lage des Arbeitsmarktes war auch im April nach dem „Reichsarbeitsblatt“ nicht einheitlich. Für einige Großindustrien ist eine Verbesserung gegenüber dem Vormonate noch nicht oder doch nur in geringem Umfang eingetreten. So lebte sich zwar der Geschäftsgang auf dem Ruhrkohlenmarkt etwas, jedoch wird das zum Teil darauf zurückgeführt, daß mit dem Inkrafttreten der Sommerpreise eine Reihe von Lieferungen erfolgte, die im Vormonat in Erwartung der niedrigeren Preise nicht mehr aufgegeben waren. Auf der anderen Seite brachte die mildere Witterung einen Rückgang des Absatzes in Hausbrandkohle und Zement. Die Maschinenindustrie war im allgemeinen besser als im Vormonate beschäftigt, allerdings nicht allenthalben: So war die Lage in der oberirdischen Schwerindustrie nach wie vor ungünstig. In der elektrischen Industrie trat teilweise ein Rückgang ein, der vor allem die Herstellung von Akkumulatoren und Dynamomachinen betraf. Besser beschäftigt waren die Kabelwerke. Die Textilindustrie hatte für einzelne Zweige eine vermehrte Beschäftigung aufzuweisen; die Spinnereien waren aber noch immer unzureichend beschäftigt. Wie üblich, wurde das Gesamtbild des Arbeitsmarktes im April durch die Forderung der Tätigkeit in einigen Saisongewerben beeinflusst. Zu ihnen gehört zunächst das Baugewerbe, das jedoch noch immer nicht zur vollen Entfaltung gelangt ist, dann die Bekleidungsindustrie mit ihren vielen Zweigen. Der Geschäftsgang der Brauereien wurde durch die wärmere Witterung günstig beeinflusst. Am Buchdruckgewerbe dagegen begann die stille Geschäftszeit bereits einzuziehen.

Die Ergebnisse der Krankenkassenberichterstattung lassen ebenfalls eine Erhöhung der Beschäftigungsziffer erkennen. Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Kassen ergab sich am 1. Mai 1909 eine Zunahme um insgesamt 175 141 Mitglieder (+ 149 140 männliche, + 26 001 weibliche Mitglieder). Der Zuwachs überstieg wie auch schon für den Vormonat den am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres festgestellten erheblich. Am 1. Mai 1908 ergab sich nämlich ein Mehr von nur 95 561 Mitgliedern (+ 82 978 männliche, 13 583 weibliche). Es ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß die ersten beiden Monate 1909 hinter den vorjährigen wesentlich zurückstanden. Die gesteigerte Zunahme der Mitglieder der Krankenkassen ist also in erster Linie auf eine Verdrückung des Bedarfs an Arbeitskräften, der im laufenden Jahre später eintrat als im Vorjahre, zurückzuführen.

Die Vermittlungsergebnisse der Arbeitsnachweise bieten, soweit es sich um gewerbliche Arbeiter handelt, ebenfalls ein beträchtlich günstigeres Bild als im Vormonat, das nur noch wenig ungünstiger war als im April des Vorjahres.

Die Verkehrsleistungen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im April 1909 um 2 377 687 Mt. höher als im gleichen Monate des Vorjahres; das bedeutet eine Mehrerinnahme von 8 Mt. oder 0,32 Prozent auf 1 Kilometer.

Ein nobler Arbeitgeber scheint der Magistrat von Landeshut i. Schl. zu sein. Derselbe scheint sich nicht, in den Tageszeitungen folgendes Stellenausschreiben zu veröffentlichen: „In unserer Stadtwaltung können zwei Bureau-Gewerks mit guter Schulbildung eingestellt werden. Bevorzugt werden solche Bewerber, die die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst haben. Die Gewerks erhalten im ersten Dienstjahre eine Entlohnung von 10 Mt. monatlich, die im zweiten Jahre auf 20 Mt. monatlich und im dritten Jahre auf 30 Mt. monatlich steigt. Dann erfolgt bei guter Führung Weiterbeschäftigung als Gehilfe mit einem Gehalte von 600 Mt. jährlich, steigend alljährlich um 100 Mt. bis 1000 Mt.“

Da werden sich wohl die „Einjährigen“ die Haken ablaufen, um in den Besitz einer solchen fetten Pfriunde zu gelangen. Es ist geradezu eine Schande, daß ein Magistrat ein solches Anerbieten zu machen wagt. Ein junger Mann, der die Berechtigung zum einjährigen Dienste besitzt, ist mindestens 15 Jahre alt. Mit 18 Jahren also kann er es auf 600 Mt. und mit 22 Jahren auf das Höchstgehalt von 1000 Mt. pro Jahr bringen. Voraussetzung ist dabei gute Führung. Er darf sich also nicht etwa über zu schlechte Befolgung beklagen. Und mit dem Höchstgehalt kann er sich dann verheiraten und eine Familie ernähren! Denn an eine Stelle in irgend einem lohnenden Berufe ist dann kaum noch zu denken. Der Landeshuter Magistrat glaubt offenbar, seine Beamtenschaft in der dortigen Gegend üblichen Summälöhnen für Beber anpassen zu sollen.

Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hält zu Pfingsten in Hannover seine Generalversammlung ab. Seine Mitgliederzahl beläuft sich auf 105 026, die sich auf 664 Vereine verteilen. Davon entfallen auf Ostpreußen 30 Vereine mit 3950 Mitgliedern, auf Westpreußen 20 mit 2842, auf Posen 12 mit 1513, auf Schleien 24 mit 5447, auf Pommern 3 mit 367, auf Brandenburg 36 mit 2466, auf Königreich Sachsen 92 mit 17 445, auf die Provinz Sachsen 22 mit 4000, auf Minden-Havensberg 11 mit 1345, auf die Grafschaft Mark und den Niederrhein 192 mit 40 800, auf die Saargebiet 32 mit 5641, auf die kleinen thüringischen Staaten 3 mit 545, auf die Provinz Hessen 20 mit 1980, auf Rastau und Hessen-Larmstadt 22 mit 3491, auf Baden 36 mit 4248, auf die Rheinpalz 30 mit 5179, auf Hannover 43 mit 8800, auf Schleswig-Holstein 9 mit 1506, auf Mecklenburg 7 mit 700, auf Hamburg 1 mit 100. Außerdem gibt es noch in Bayern 77 evangelische Arbeiter- und Handwerkervereine und in Württemberg 45 bis 50 evangelische Arbeitervereine.

Zu recht bemerkenswerten Auseinandersetzungen kam es dieser Tage in Berlin in einer Versammlung der Dackeder. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Hoch sprach über die Ursachen der Kriegen und machte auch in seinem Referat die Bemerkung, daß angesichts der zunehmenden Macht des Unternehmertums die gegenwärtige Zerplitterung der Arbeiter in verschiedene Organisationen äußerst bedauerlich sei. Das gab einem Christlichen Veranlassung zu der Erklärung, daß die Schuld für die Zerplitterung der Arbeiterschaft nicht den Christlichen in die Schuhe geschoben werden könne, sondern denjenigen, welche zuerst die Politik in die Arbeiterbewegung hineingetragen hätten, den „freien“ Gewerkschaften. Würden die Gewerkschaften es nur bei den wirtschaftlichen Zielen belassen, dann wäre die notwendige Einigkeit in der Arbeiterbewegung vorhanden. Ein anderes Mitglied der christlichen Gewerkschaften hieb in dieselbe Kerbe und machte den „freien“ Gewerkschaften mit Recht den Vorwurf, daß sie bei Wahlen offen für die Sozialdemokratie eintreten. An und für sich könne es nicht schaden, wenn es verschiedene Richtungen in der Arbeiterbewegung gibt. Dann herrsche zwischen den verschiedenen Organisationen ein Wettbewerb in dem Gewinn von Mitgliedern, wodurch die Zahl der Indifferenten immer mehr verringert würde.

Die Redner des sozialdemokratischen Zentralverbandes wiederum machten den Christlichen Vorwurf, daß sie für die Zerplitterung und damit die Ohnmacht der Arbeiterschaft verantwortlich zu machen seien. Auch der Abg. Hoch vertrat diesen Standpunkt. So lange die Arbeiter sich gegenseitig zerfleischen, würde ihre Macht gelähmt und die Agitation erschwert. Wie die Unternehmer den

Arbeitern gegenüber, so mühten diese den Unternehmern gegenüber fest zusammen halten. Im übrigen betonte er die Notwendigkeit der Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung.

Wenn man diesen Bericht liest, so fällt einem unwillkürlich das Heineke Gedicht vom dem Rabbi und dem Wundt ein. Christliche und „Freie“ machen sich gegenseitig Vorwürfe, daß sie die Uneinigkeit in die deutsche Arbeiterbewegung eintragen haben. Wir sind der Meinung, daß beide Teile in gleicher Weise die Schuld trifft. Eine einheitliche Arbeiterbewegung ist nur möglich, wenn sie unabhängig ist von der Politik und der Religion, wenn die Arbeiter sich zusammenschließen als Arbeiter lediglich zur Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke. Dieses Prinzip aber wird nur von den Deutschen Gewerksvereinen vertreten, die es tatsächlich verstanden haben, sich völlig neutral zu erhalten. Für die anderen Organisationsrichtungen trifft das nicht zu. Beweise dafür sind so oft erbracht worden, daß heute nicht mehr darauf eingegangen zu werden braucht. Gerade jene Erörterungen zeigen am deutlichsten, daß es eine wirklich erfolgreiche Arbeiterbewegung nur geben kann, wenn alle politischen und religiösen Momente ausgeblendet werden und die Organisation sich auf der Grundlage vollzieht, wie sie in den Deutschen Gewerksvereinen gegeben ist.

Gewerksvereins-Teil.

S. Posen. „Arbeiter und Steuerfragen“ lautete das Thema eines Vortrages, der in einer vom Ortsverband der Gewerksvereine einberufenen öffentlichen Versammlung gehalten wurde. Der Referent, Kollege Kareski, ging zunächst auf die Reichsfinanzreform ein und meinte, daß die Regierung mit dieser keine Gegenliebe bei den Parteien gefunden hätte. Die Inzeststeuer sei von vornherein gefallen und das selbe Schicksal ereifte auch die Gas- und Elektrizitätssteuer. Es sei ungerecht, von den 500 Millionen Mark 1/2 durch indirekte und 1/4 durch direkte Steuern tilgen zu wollen. Es würden hier wiederum der Mittelstand und die Arbeiterschaft zu leiden haben, während die Besitzenden nur ganz minimal beteiligt würden. Es seien insbesondere drei Arten der indirekten Steuern, welche mit erheblich höheren Sätzen besteuert werden sollen, nämlich Bier, Tabak und Branntwein. Eine schärfere und gerechtere Agitation werde besonders gegen die Tabaksteuer betrieben, weil durch höhere Besteuerung eine große Anzahl Arbeiter brodlos gemacht würde. Die einzige Steuer, von welcher auch die Besitzenden betroffen würden, sei die Nachlasssteuer. Gegen diese Steuer sträubte sich der Bund der Landwirte, weil durch Einführung derselben ihre Vermögensverhältnisse besser kennen gelernt werden. Zu behaupten sei es, daß das christlich-sozialistische Organ „Die Arbeit“ die Bürger zu ihrer Agitation begünstigt und auch die Sozialdemokratie erkläre, gegen diese Steuer zu stimmen. Redner ging nun näher auf die Vermögenssteuer ein und betonte, wieviel Geld den Spekulant ohne Arbeit in die Hände falle, während durch Einführung dieser Steuer wenigstens ein Teil der Allgemeinheit zugute käme, die ja die höheren Werte schaffe. Der Referent ging nunmehr näher auf die Verhandlungen über die Einführung der Vermögenssteuer in unserem Stadtparlament ein und unterzog die Fassung der Stadtverordnetenmehrheit einer scharfen Kritik. In der folgenden Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit dem Referenten einverstanden, und es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen. „Die vom Ortsverband der Gewerksvereine (S. D.) einberufene öffentliche Gewerksvereinsversammlung erklärt es für wün-

schenswert und durchführbar, daß bei Föhung der Reichsfinanzen auch der stetig zunehmende Wertzuwachs am Boden in Stadt und Land in geeigneter Form als Steuerquelle (Reichszuwoachssteuer) herangezogen werde. Dieser Wertzuwachs am Boden ist die natürliche Quelle für die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesamtheit, da er durch die Gesamtheit erzeugt wird. Eine Teilung zwischen Reich, Staat und Gemeinde läßt sich unschwer durchführen.“

Otto Hlod, Ortsverbands-Schriftführer.
S. Posen. Die Monatsversammlung des Gewerksvereins der Deutschen Stein- und Hilfsarbeiter fand am 16. Mai in Tschirnitz statt. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten durch Kassierer und Schriftführer wurde der Vierteljahresbericht erstattet. Die Kasse befindet sich danach in günstiger finanzieller Lage; dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Wahl eines Schiedsgerichts wurde vermieden dadurch, daß die streitenden Parteien sich einigten. Einer Einladung zum 25. Stiftungsfest des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter in Schreidnitz kann nicht Folge geleistet werden.

Die beabsichtigte Menderung des Statuts der Kassenerordnung, in welchen sich verschiedene Druckfehler befinden, soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden. Nachdem darauf noch beschloffen wurde, das 16. Stiftungsfest in Posen zu feiern, referierte der Vorsitzende über die wirtschaftliche Krise und die Entwicklung der Arbeiterorganisationen. Er schilderte anschaulich, wie sich im Laufe der Jahrzehnte Deutschland immer mehr aus einem Agrarstaat zum Industriestaat entwickelt hat und jetzt auf dem Weltmarkte einen der ersten Plätze einnimmt. Hand in Hand damit ging eine starke Entwicklung der Arbeiterschaft und das Emporblühen der Organisationen, die heftige Kämpfe zu betreiben hatten, leider aber auch gegen einander die Waffen feierten. Die jetzige wirtschaftliche Krise, die namentlich im letzten Winter ihre Wirkungen geltend machte, ist auch nicht ohne Rückwirkung auf die Organisationen geblieben. Nicht bloß unsere Gewerksvereine, sondern auch die übrigen Organisationen haben darunter gelitten und Mitglieder verloren. An der Hand eines reichen Materials konnte nachgewiesen werden, welche großen Verluste namentlich einzelne der sogenannten „freien“ Verbände erlitten haben. Zum Schluß ging Redner auf eine am 9. Mai in Tschirnitz abgehaltene öffentliche Steinarbeiterversammlung ein, in der vom Zentralverband der Steinarbeiter Daubendahl in Striegau referiert hatte, und gab ein anschauliches Bild über das Referat und die Diskussion. Der Ortsverbandsvorsitzende Kollege Quander-Jauer ergriff zu vielen Ausführungen ebenfalls das Wort und behandelte insbesondere die Frage der Neutralität der Gewerksvereine, den Rückgang in den freien Gewerkschaften und den Streik bei der Firma Gubisch in Liegnitz. Zugleich teilte er mit, daß die nächste Ortsverbandsversammlung am Sonnabend nach den Feiertagen in Jauer stattfinden solle. Dagegen erhob sich lebhafter Widerspruch, da ein Beschluß vorliegt, daß die Verbandsversammlungen im Sommer auf dem Lande abgehalten werden sollen. Die nächste Sitzung des Vereins wird in Posen stattfinden. Aufgenommen wurden 12 Mitglieder, gestrichen 2. Nebenfalls haben wir die eckreuliche Laitsche zu bezeichnen, daß auch in den letzten Wochen wieder eine stätliche Anzahl von Mitgliedern neu aufgenommen worden ist. Auch ein Punkt möge an dieser Stelle Erwähnung finden. Mancher Kollege ist infolge des außergewöhnlich langen und strengen Winters, der für die meisten Beschäftigungslosigkeit im Gefolge hatte, mit seinen Beiträgen etwas im Rückstande geblieben. Das kann jedem Familienvater passieren und soll auch nicht getadelt werden. Jetzt aber im Sommer ist es Pflicht eines jeden, das Veräumte nachzuholen und die Beiträge zu bezahlen. Was den Striegauer Streik betrifft, so dauert er jetzt bereits die 8. Woche. Aussicht auf eine Verständigung ist leider nicht vorhanden. Ueber den Ausgang der Bewegung läßt sich zur Zeit noch nichts sagen. Tsch.

Verbands-Teil.

Berlin. Verbandsversammlungen.
Disfuterklub der Deutschen Gewerksvereine (S. D.). Verbandsklub der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/222. Wegen der bevorstehenden Feiertage fallen die Sitzungen aus. Nächste Sitzung Mittwoch, 9. Juni. — **Gewerksvereins-Vereinstafel (S. D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Leubusgasse im Verbandsklub der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Disfuterklub Wobbit.** Sitzung jeden Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, bei Rabau, Waldstr. 53. — **Fachwissenschaftlicher Disfuterklub Berlin.** Büchelerstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Kaufleute IV.** Mittwoch, 26. Mai, abends 9 Uhr im Verbandsklub Greifswalderstr. 221/222, Mitglieder-Versammlung. T. D.: 1. Vortrag über: „Was will der Werbeausflug?“ Referent: Kollege Kades. 2. Diskussion. 3. Wahl 3 Delegierter zum Werbeausflug Gr. Berlin. 4. Neuwahl eines Komitees für den Kollegen Schwärzschild. 5. Geschäftsliches. — **Sonnabend 29. Mai. Raschinsbau- und Metallarbeiter I.** Abends 8—10 Uhr, Zablabend bei Reichert, Bergstr. 69. — **Raschinsbau- und Metallarbeiter II.** Abends 8—10 Uhr, Zablabend, Fruchtstr. 36 a. — **Raschinsbau- u. Metallarbeiter III.** Bes. sowie Zablabend am 29. fällt aus. Am 3. Pfingstfeiertag, nachmittags, Besichtigung der Schulheizbrauerei (Schönhauser Allee). Treffpunkt 2 1/2 Uhr, Schönhauser Allee, Ecke Frankestr. — **Raschinsbau- und Metallarbeiter XII.** Abds. 8—10 Uhr, Zab' abds. 5. Dsw. Berliner, Brunnenstr. 143. Rohlenbestellung. — **Raschinsbau und Metallarbeiter XIII.** Zablabd. b. Trantow, Schönhauser Allee 65.
Leipzig. Deutsche Handelskassierer-Ver-einigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Heller“, Lindenau, Bürgenerstr. 11.

Orts- und Nebenzweigsverbände.

Nachen (Disfuterklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Disfuterabend bei Leuchter, Ecke Gasfennanplatz und Jülichstr. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeder Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Büttmanns Hotel, Bockstr. Disfuterabend (Disfuterklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Factor, Kaiser Wilhelmstr. 77. — **Dresden (Disfuterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandersbräu Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Hagen a. H. (Disfuterklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstr. — **Köln (Disfuterklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Bayer Koling“, Eiferstr. — **Hamburg (Disfuterklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Factor, Kaiser Wilhelmstr. — **Duisburg (Disfuterklub).** Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Gasfennan, Friedrich Wilhelmstr. Disfuterabend. — **Waldheim-Nürb. (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Möller, Sandstr. 38. — **Cottbus (Disfuterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinerstr. 120. — **Leipzig (Gewerksvereins-Vereinstafel).** Die Leubusgasse finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und himmelgehobene Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weissenfels a. S. (Wahlungsabteilung der Gewerksvereine).** Leubusgasse jeden Dienstag, abends 8 1/2—11 Uhr im Vereinslokal „Schwylershaus“, Schillingstr. — **Chantaliebende Gewerksvereinskollegen** stets willkommen. — **Neckernunde und Hungen (Ortsverband).** Sonntag, 27. Juni, Vertreterversammlung in Hellin.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.
Breslau. Dr. R. Köhner, Bezirksleiter, III. Bezirk (S. D. u. M.), Breslau, Ruppertsgrabenstr. 29 I.
Kaiserslautern (Ortsverband). Georg Steiner, Schriftführer, Wormserstr. 15.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Sonntag, den 30. Mai 1909, abends 8 Uhr
(1. Pfingstfeiertag)
im großen Saale des Verbandshauses, Greifswalderstr. 221/22,
Begrüßungs-Feier
der Abgeordneten zur Generalversammlung des Gewerksvereins der graphischen Berufe, Maler und Lackierer.
Reichhaltiges Programm unter Mitwirkung der Gewerksvereins-Vereinstafel.
Nach dem Koncert Tanz.
Alle Gewerksvereinskollegen nebst Familienangehörigen sind herzlich eingeladen. Eintrittskarte à 10 Pfg. sind im Bureau des Gewerksvereins und an der Abendkasse zu haben.
Das Komitee.
Hohenmölsen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeben Betreff erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen Kobi, Nordstr. 10
Chemnitz (Ortsverband). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen Kurt Melzer, Chemnitz-Gabeln, Klausstr. 64.
Dresden (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeheim von 75 Pfg. beim Kassierer Kollegen May Rother, Sewenstraße 142, Göttingen.

Nabeberg (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten die Anweisung für das Ortsverbandsgeheim beim Ortsverbands-schriftführer K. Gabedant, Neuestr. 10 I.
Primmensan (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung. Markenaufgabe beim Kol. R. Adam, Ologauerstr. 18.
Biberach a. Nib (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Anweisung für Abendbrot, Nachtquartier und Frühstück bei den Ortsvereinskassierern.
Orts- und Arbeitsnachweis im Gasthaus zum „Roten Ochsen“, Marktpl.
Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhält das Ortsverbandsgeheim bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer W. H. Berger, Wilhelmstr. 10.

Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnis-Kasse** des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.
Eintrittsgeld 25 Pfg. Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre. Versichertes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark. Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewünschten Versicherungssumme und des Beitrittsalters 3 bis 9 Pfg.
Alle Ortskassierer nehmen Anmeldungen entgegen.
Flugblätter und Material versendet das Verbandsbureau:
Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.